

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatlich 1,70 M., vierteljährlich 5,10 M. Durch die Post monatlich 1,75 M., vierteljährlich 5,25 M. ohne Postgebühren. Das Beleggeld wird von den Zeitungsträgern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 15 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Beörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Beauftragt: Nr. 5513, 5516, 5517. — Anzeigenpreise für Wiesbaden: Die 40 mm breite Kolonnenzeile 50 Pf., die 90 mm breite Kolonnenzeile 1,20 M.; außerhalb: 60 Pf. bzw. 2 M. Seitenpreise u. Rabatt lt. Tarif. Sonntagsbeilagen 10 M. pro 1000.

Mittwoch, 28. Januar 1920.

74. Jahrgang

Nummer 45

Die Kaiserfrage.

ms. Rotterdam, 27. Jan. Wie der „Nieuw Rott. Courant“ aus London meldet, schreibt das Regierungsblatt „Daily Chronicle“ in einem Leitartikel, die Antwort Hollands sei in Deutschland mit Befriedigung aufgenommen worden, und zwar nicht allein von den Nationalen, sondern auch von den radikalen und sozialistischen Blättern. Die alliierten Regierungen hätten die Weigerung der Niederlande erwartet. Das Blatt schreibt dann, daß man einen Druck auf Holland nicht ausüben werde, den vormaligen Kaiser auszuliefern. Die Niederlande könnten vielleicht erzwungen werden, ihn zu internieren. „Daily Chronicle“ findet es überraschend, daß die Alliierten ihre Aufmerksamkeit auf den vormaligen Kaiser beschränken, da er doch weniger Aussicht habe auf den Thron als seine beliebteren Familienmitglieder. Es sei schade, daß der Friedensvertrag keine Bestimmung enthalte, der die Deutschen zwingt, alle Hohenzollern für immer aus Deutschland zu verbannen. „Evening News“ meldet: Der Oberste Rat werde wahrscheinlich die Niederlande ersuchen, einen Juristen abzuordnen, der die Frage der Auslieferung des Kaisers mit Sachverständigen der Alliierten unteruchen könnte. In offiziellen Kreisen würde man einen Prozeß ohne den Kaiser nicht gerne sehen. „Evening Standard“ meint, der Oberste Rat werde auf seiner Auslieferungsfrage bestehen. Die Norbelif-Preise schweigt sich weiter über die Auslieferungsfrage aus.

Der Kaiserbrief gefälscht.

ms. Köln, 27. Jan. Generaladjutant von Contard druckte der „Köln. Zig.“ aus Amerongen: Der in der „Köln. Zig.“ abgedruckte, dem vormaligen deutschen Kaiser zugeschriebene Brief sei von Anfang bis Ende erfunden. Der Brief war in der „Stockholmer Zeitung „Afton Tidningen“ veröffentlicht. Wir haben die Echtheit des Briefes sofort mit einem Fragezeichen bezeichnet.

Aus Glensburg.

Ankunft der internationalen Kommission.

ms. Glensburg, 26. Jan. Heute mittag ist die internationale Kommission, bestehend aus dem schwedischen Gesandten in Kopenhagen, Dr. Paul Claudet-Schweden, dem dänischen Herrn v. Sydow, und dem norwegischen Telegrammdirektor Deitoe, mit Extrazug hier eingetroffen. Die Kommission wurde von den höchsten Offizieren der Besatzungstruppen empfangen. Im Anschluß an die Empfangsfeierlichkeiten kam es zu kleinen Ausschreitungen einer Anzahl von Dänen, welche den Dannebrog schwenkten, der ihnen von Deutschen entziffen und ins Wasser geworfen wurde. Die Deutschen gaben an, durch herausfordernde Reden der Dänen gereizt worden zu sein. Ein Reichsdäne, der die Deutschen mit einem Totschuß bedrohte, wurde verhaftet.

Deutschfeindliche Propaganda.

ms. Kiel, 26. Jan. In einer hiesigen angesehenen Druckerei wurden große Plakate beschlagnahmt, die in deutscher und dänischer Sprache aufforderten, bei der bevorstehenden Abstimmung für Dänemark zu stimmen. Die Plakate sollten durch zwei Beauftragte nach Glensburg geschafft werden. Die Polizei erschien und nahm ihnen die Plakate ab, deren Beschlagnahme erfolgte, weil in dem Inhalt des in vergeblichen Worten abgefaßten Aufrufs die Aufforderung zur Begehung von Hochverrat erkundet wurde.

Verzögerung in den Räumungen.

ms. Berlin, 27. Jan. Ueber die Räumung der Abtretungs- und Abtretungsgebiete im Osten erfahren wir von amtlicher Stelle: Auf Ansuchen der Alliierten wurden die Räumungen, da die Entsendung von Truppen durch „höhere Gewalt“ verzögert wird, um fünf Tage verschoben. Es beginnt die Räumung Oberschlesiens (Südostende Nikolai) erst am 31. Januar. Die Räumung des tschechischen Abtretungsgebietes und des holländischen auch um fünf Tage verschoben wird, also erst am 4. Februar erfolgt, ist noch nicht ganz geklärt. Der Vormarsch in westpreussisches Abtretungsgebiet ist nördlich von Berent angehalten worden, damit die Bahn Danzig-Stolz für die Räumung Danzigs in unserer Hand bleibt. Die Räumung des freistaatlichen Danzig — Südtell (südlich der Stadt) muß erst bis zum 1. Februar vormittags bis zum 6. Februar und die Räumung der Stadt Danzig erst bis zum 4. Februar vormittags bis zum 9. Februar vormittags beendet sein. Die Räumung des Abtretungsgebietes Marienwerder beginnt erst am 28. am 31. Januar. Von dem Abtretungsgebiet Allenstein ist die Südecke (Reidenbarn, Johannsburg und Lind) bereits geräumt. Die weiteren Räumungen beginnen erst am 28. am 30. Januar. Das Abtretungsgebiet Memel muß erst bis zum 14. Februar bis zum 19. Februar geräumt sein. Weitere Verzögerungen bei den Räumungen sind nicht ausgeschlossen.

Aufbruch in Bombay.

ms. Paris, 26. Jan. Ganas meldet aus Bombay vom 25. Januar: Am 24. Januar nachmittags begannen die Streikenden die Magazine in dem Viertel der Spinner zu plündern und Steine auf die Straßenbahn zu werfen, deren Betrieb eingestellt wurde. Eine Abteilung Polizisten und Soldaten, begleitet von Beamten, wurde mit Kasantos an Ort und Stelle gebracht. Die Kasantos konnten sich jedoch keinen Weg durch die Menschenmenge bahnen. Die Aufforderung zum Auseinandergehen wurde mit einem Steinhagel beantwortet. Schließlich besahen die Beamten zwei Soldaten, zu schießen. Darauf zerstreute sich die Menge. Ein Streikender wurde getötet, mehrere leicht verletzt.

Der Siegeszug der Bolschewiken.

ms. Kopenhagen, 26. Jan. Die Bolschewiken melden, daß ihre Truppen in der Ukraine einen entscheidenden Sieg errungen haben und den Vormarsch auf Odessa fortsetzen wollen. In dem Telegramm wird von fabelhafter Kriegsbente erzählt. Der Kosakenführer Kalnikow ist, wie die „Pravda“ meldet, zwischen Charkow und Wladimirok mit dem gesamten Heere gefangen genommen worden. Ganz Südsibirien soll sich demzufolge in den Händen der Bolschewiken befinden.

Die Neutralität der Schweiz.

ms. Paris, 27. Jan. Hinsichtlich der Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität konnte die Vorkonferenz, nach dem „Echo de Paris“, nur den früheren Beschluß des Obersten Rates bestätigen. Der Völkerbundsrat wird über die von der Schweiz vorgebrachten Vorbehalte entscheiden.

Der Kanaltunnel.

London, 26. Jan. (Glas.) Der „Daily Mirror“ glaubt zu wissen, daß die britischen Marine- und Militär-Behörden, welche die Frage des Tunnels unter dem Ärmellkanal bearbeiten, derselben günstig gegenüberstehen. Sie haben allerdings einen Vorbehalt getroffen, der ihnen die Kontrolle des Kanals auf englische Seite einräumt.

Einberufung des Deutschen Städtetages.

ms. Berlin, 26. Jan. Das Ernährungsproblem veranlaßt den deutschen Städtetag, für den 28. Januar den Hauptauschuß einzuberufen. Zu dem Hauptthema „Die Stellung der deutschen Städte zu der Landwirtschaft zur Ernährungswirtschaft“ werden berufen: Oberbürgermeister v. Webershadt-Gelsenkirchen, Bürgermeister Dr. Dollinger-Stuttgart und Stadtrat Prof. Dr. Landberg-Magdeburg.

Internationale Arbeiterkonferenz in Paris.

ms. Paris, 26. Jan. Heute Morgen wurde die Konferenz des Verwaltungsrates der Internationalen Arbeiterorganisation eröffnet. Es ist dies die erste Tagung dieses Rates seit der Konferenz von Washington. Sie stellt eine bedeutende Kundgebung der Arbeiter zu Gunsten des Völkerbundes dar. Die Konferenz umfaßt Vertretungen der Regierungen, der Arbeitgeber und der Arbeiter. Die Mehrheit der Delegierten war zugunsten, mit Ausnahme der kanadischen Vertreter. Die Konferenz wurde vom Vertreter der französischen Regierung, Arthur Fontaine, eröffnet. Er erklärte, daß die heutige Tagung nichts anderes sei, als die regelmäßige Fortsetzung der Washingtoner Konferenz. Er betonte, daß die Arbeiten der Konferenz den Werken des Friedens gewidmet seien. Das Wirken der internationalen Arbeiterkonferenz werde ganz von dem Wunsche geleitet, die Völker glücklich zu machen. Die Konferenz werde daraufhin auf Dienstag vertagt, um den Delegierten Zeit zu lassen, Fühlung zu nehmen und die auf der Tagesordnung stehenden Fragen zu prüfen.

Zum Attentat auf Erzberger.

ms. Berlin, 27. Jan. Erzberger hat die Nacht verhältnismäßig ruhig verbracht. Die Wunde verursacht große Schmerzen und verhindert jede Bewegung des Armes um so mehr, als sich eine Blutergussung gebildet hat. Die Narkoseaufnahme kann erst heute erfolgen. Im Anschluß an das Verhör des verhafteten Oltwo v. Hirschfeld auf dem Polizeipräsidium erfolgte sofort eine eingehende Vernehmung durch den Oberstaatsanwalt. In dieser Vernehmung wiederholte der Täter im wesentlichen die bisherigen Angaben, die er vorher gemacht hat. Heute vormittag wurde er dem Untersuchungsrichter in Moabit angeführt. Der Prozeß Erzberger-Helfferich wurde bis Freitag vormittag vertagt.

Prozeß Erzberger—Helfferich.

Berlin, 26. Jan. Neue Zeugen treten heute an den Zeugentisch. Ministerialbeamte, auch zwei Minister werden aufgerufen. Minister Mayer-Kaufmann ist aber nach Paris abgereist.

Finanzminister Südekum leistet heute den ersten Zeugniseid in rechtlicher Form. Er soll als Zeuge in diesem Verfahren nur

über die Ausfuhrzölle

sprechen, deren Hintertreibung Erzberger vom Angeklagten vorgeworfen wird, während er nach seinem Ausfluß den bei Thüssen einen entgegengesetzten Standpunkt verfolgte.

Dazu bemerkt Südekum: Nach seiner Auffassung habe sich Erzberger Südekums Argumenten verschlossen, daß die Wiedereinführung von Ausfuhrzöllen auf dem Wege des Gesetzes inopportun sei, weil das unbedingte Gegenmaßregeln bei den Neutralen hervorgerufen hätte. Man hätte sie ja auch auf dem Verordnungswege einführen können. — Vors.: Also prinzipiell war Erzberger nicht gegen diese Abgabe? — Zeuge: Nicht in dem Verordnungswege mit mir. Wir waren uns mit dem Ministerialdirektor Müller, der uns sondierte, in unserer Auffassung immer näher gekommen. Ich hatte den Eindruck, daß Erzberger, wie ich dafür gewesen ist und das Mögliche herauszuholen wünschte und tarifliche Bestimmungen besprochen hätte.

Helfferich: Wie stellen Sie sich zu dem Vorwurf gegen die Regierung? Wir hatten durch jahrelanges Säumen der Industrie 640 Millionen Mark in die Taschen stecken lassen.

Südekum: Ich erinnere mich an den Vorwurf Erzbergers und war der gleichen Auffassung wie er, weil die vorgeschlagene tarifliche Festsetzung, die dem Reiche einen Geld gebracht hätte, nicht kam.

Auktariat Gordon (Vertreter Erzbergers): Hatten Sie bei der Besprechung mit dem Kaiser den Eindruck, daß der Kaiser durch Helfferich falsch informiert worden sei? — Südekum: Ich bekam den Eindruck, daß der Kaiser über die Lage gründlich täuschte, nach dem Reichtum über seine Verarmung täuschte. — Vors. (zu Auktariat Gordon): Das ist ja interessant, gehört aber nicht zur Frage oder Berichtigung politischer und geschäftlicher Tätigkeit.

Zweiter Zeuge ist der frühere Ministerialdirektor, jetzige Unterstaatssekretär Müller im Ministerium für den Wiederaufbau. Auch er hat sich zu der Stellung Erzbergers in der Frage der Ausfuhrzölle zu äußern.

Der Zeuge bekundete, dem Abgeordneten an Hand des Entwurfs seine Ausführungen gemacht zu haben, damit er im Reichstag ohne Debatte zur Erledigung käme. Erzberger erwiderte, daß eine Durchbringung ohne Debatte nicht möglich sei. — Helfferich: Erinnern Sie sich, daß Gegenvorschlüsse gemacht wurden? — Zeuge: Ja, es war von tariflichen Maßregeln die Rede. Ob mit Erzberger darüber gesprochen wurde, weiß ich nicht. — Erzberger: Ich frage den Zeugen, ob er uns den Entwurf abgegeben hat. — Zeuge: Ich machte meine Ausführungen an Hand des Entwurfs, der eine vertrauliche Bundesratsache war und den ich daher nicht aus der Hand geben konnte. — Erzberger: Haben Sie nicht auch Bedenken gegen die Vorsätze zum Ausdruck gebracht? — Zeuge: Ich brachte die Bedenken des Reichstags zum Ausdruck, die nach meiner Meinung im neutralen Ausland erhoben werden könnten, damit diese Bedenken nicht im Reichstag nochmals erörtert werden und das Ausland darauf aufmerksam würde. — H. A. H. Berg: Haben Sie den Vorwurf Erzbergers nicht als ungerecht empfunden, weil Sie versuchten, alles nun an Abgaben hereinzubekommen, was möglich war? — Zeuge: Jawohl.

Der nächste Zeuge, Ministerialdirektor Reubaus aus dem preussischen Handelsministerium, der in der zur Frage stehenden Zeit nicht nur in dieser Behörde, sondern als Mitarbeiter auch im Reichsamt des Innern arbeitete, erscheint mit einem biden Aktenbündel am Zeugentisch. Er leistet einen

Geschichte der Eingaben Thüssens.

Die bereits im August 1914 einsetzten Demarkation Thüssens aus dem Jahre 1914, die aus feindlichen Händen erlangten Urkunden in Betrieb zu nehmen, wurde nicht kassiert, weil militärische und ernährungsökonomische Schwierigkeiten sowie Gründe der Arbeiterfrage dagegen sprachen. Auch die Abreise deutscher Industrie war dagegen. Die Eingaben dauerten an. Unter ihnen befindet sich eine vom 8. September 1915, die von der Thüssenschen Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ an das Reichsamt des Innern gebracht wurde und die Annexion des gesamten eroberten Belgien und Frankreichs forderte.

H. A. H. Berg: In dieser Zeit war Erzberger bereits Ausschickrat in der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“.

Reubaus: Thüssens hat seine Vorwürfe wiederholt, um das Eigentumsrecht an Kriegsgewinnen zu erlangen. Unterstaatssekretär Richter kam händelnd zu mir und sagte:

„Es ist geradezu unerträglich, wie der Abg. Erzberger das Reichsamt des Innern mit Privatwünschen der Firma Thüssens belästigt!“

Er brachte ferner zum Ausdruck, daß ihm das persönliche Verhältnis Erzbergers zum zuständigen Referenten im Reichsamt des Innern unangenehm sei. — Vors.: Konnte Erzberger der Auffassung sein, daß Thüssens Vorteile mit denen des Reichs konform gingen? — Zeuge: Ich kann nicht zu der Überzeugung kommen, daß eine Bevornahme Thüssens vor der gesamten deutschen Industrie zum Heil Deutschlands gewesen wäre. — Vors.: Hätten Sie

